

Wird NRW ein nachhaltiges Land nach den Landtagswahlen?

Karl A. Faulenbach/Open Globe Gruppe Hamm

Das Stadtforum von FUGe und VHS Hamm am 04.04.2017 zum Thema „Wie nachhaltig ist NRW?“

mit den Landtagskandidaten für die NRW-Landtagswahl am 14. Mai 2017 brachte 70 Interessenten

zusammen. Das waren mehr als bei den meisten anderen Kandidatenbefragungen. Hier wird das Ergebnis kurz resümiert und anschließend mit einer Synopse der Wahlprogramme zu den entsprechenden Themenschwerpunkten ergänzt.

Moderator Manfred Belle (Eine-



Direktkandidaten für die NRW-Wahl

Fotos (2): Dorothee Borowski

Politikfeld	CDU	SPD	Die Grünen
1. NACHHALTIGKEIT			
Wirtschaft	Wachstum und Entbürokratisierung. Ausbau der Infrastruktur	Wachstum = sozial und ökologisch	Nachhaltigkeitsstrategie. Orientierung an den SDG's
Alternative Landwirtschaft	Eigentumssicherung	Kreislaufwirtschaft. Erhalt bäuerlicher Landwirtschaft	Kreislaufwirtschaft. Bäuerlich und ökologisch. Klasse statt Masse. Agrarflächen sichern
Verbraucherschutz	Kennzeichnungspflicht	Regionale Vermarktung	Kein Gift in Kleidung, Lebensmittel, Spielzeug. Verbandsklagerecht
2. UMWELT			
Klimaschutz	Keine Behinderung für Industrie und Landwirtschaft	Klimaschutzplan (nur NRW)	Klimaschutzplan. 50 klimagerechte Regionen
Energiewende	Keine Belastung für Industrie	Energiewende strecken. Braunkohleabbau bis 2045.	Kohleausstiegsgesetz. NRW= Speicher- u. Effizienzland Nr.1
Verkehrswende	Neubau von Straßen. Ausbau ÖPNV. Elektromobilität. Radschnellwege	Elektromobilität. Abgasfreier ÖPNV. Ausbau Radwege (Schnellwege)	Emissionsfreier Verkehr und Ladestationen. Radschnellwege und Reaktivierung von Bahnstrecken
3. GLOBALISIERUNG			
Integration	Ja zu CETA	Ja zu CETA	Nein zu CETA
Integration	Leitkultur. Trennung von Flucht und Asyl. Mehr Abschiebungen	Steuerung der Einwanderung	Landesantidiskriminierungsgesetz. Gesundheitskarte und angemessener Ausbau der Bildung
Eine-Welt-Politik	Wird unterstützt. Abschaffung des Tarifreuegesetzes	Fairer Handel. Vergabe nach ILO- und Umwelt-normen	Internationale Partnerschaften. Nachhaltigkeit in die Landesverfassung

Welt-Netz NRW) stellte zunächst die von den Vereinten Nationen beschlossenen Nachhaltigkeitsziele vor und befragte die Landtagskandidaten, in welcher Form ihre Parteien die Erreichung dieser Ziele anstreben. Die anwesenden Politiker, leider ohne einen CDU-Vertreter, bekamen die Gelegenheit, ihr Parteiprogramm in Hinblick auf lokale und globale Armut vorzustellen. Marc Herter (SPD), Karsten Weymann (Die Grünen), Ulrich Reuter (FDP), Rolf Kohn (Die Linke) sowie Martin Kesztyüs (Piraten) bezogen die Zunahme der Armut allerdings nur auf unser Land, wobei die Armut mit entsprechenden durchaus unterschiedlichen Programmen bekämpft werden soll.

Experten aus lokalen Umwelt- und Menschenrechtsinitiativen, Klaus Kappelt (ADFC), Ulrich Schölermann (NABU Hamm) und Heinz Drucks (Flüchtlingsrat NRW) brachten Nachhaltigkeitsthemen,

u.a. alternative Mobilität durch mehr Radwege (Radschnellweg im Ruhrgebiet), Energiewende und Klimaschutz (Ablehnung von möglichen Windparks in Hamm und ursprüngliche Befürwortung von Gasbohren in Hamm) sowie die Wohnpflicht und Integration von Geflüchteten als Fragen in die Runde ein. Leider wurde das ge-

nerelle Prinzip der Nachhaltigkeit von keinem der Bewerber bei ihren jeweiligen Statements formuliert, allerdings für einzelne Politikfelder recht unterschiedlich gewichtet. Deshalb erscheint es sinnvoll, die entsprechenden Programmaussagen in einer Matrix stichwortartig darzustellen.



FDP	Die Linke	AfD
Politikwechsel für Wachstum und Entbürokratisierung. Ausbau der Infrastruktur. Privat vor Staat	Solidarische Wirtschaft. Staat vor Privat. Mindestlohn 12 EUR. 500.000 neue Arbeitsplätze. Reichensteuer	Marktwirtschaft und Stärkung Mittelstand
Keine Änderung: Markt vor Staat	Vorrang für ökologische Landwirtschaft	Bäuerliche Landwirtschaft
Selbstkontrolle durch Produzenten	Transparenz bei Herkunft und Zusammensetzung von Lebensmitteln	Keine Aussage
Keine Zusatzaufgaben durch Bund und Land. Marktwirtschaftliche Anreize	Strenge Umwelt- und Klimaschutzauflagen	Abschaffung des Klimaschutzes
Umweltverträglich, bezahlbar und sicher	Braunkohlentagebau beenden. Reduzierung der Kohlekraftwerke	Für alle fossilen Energien und gegen Regenerative
Schnellere Planung und Ausbau Straßen. Optimierung der Verkehrsströme	Fahrscheinloser ÖPNV und keine Privatisierung. Radschnellwegenetz	Einheitstarif und Abschaffung der Umweltzonen
Ja zu CETA	Nein zu CETA.	Keine Aussage.
Einwanderungsgesetz und schnellere Integration. Doppelpass bis zur 3. Generation	Willkommenskultur und keine Abschiebung. Freie Wohnortwahl	Regulierung und Reduzierung der Zuwanderung. Rückführung von Asylbewerbern
Keine Aussagen	Fairer Handel. Verbot von Rüstungsexporten. Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung umstellen	Keine Aussagen